

Internationale Partnerschaften als Teil einer aktiven österreichischen Außenpolitik

IUFE Working Paper, September 2026

Caroline Hungerländer,
Prof. Günter Danhel,
DI Mateusz Galka

Positionierung des IUFE

Das IUFE versteht internationale Partnerschaften als strategischen Bestandteil einer aktiven österreichischen Außenpolitik. Sie verbinden globale Verantwortung mit gemeinsamen Interessen und schaffen nachhaltigen Nutzen für die Menschen in den Partnerländern ebenso wie für Österreich. Grundlage sind Menschenwürde, Menschenrechte, partnerschaftliche Zusammenarbeit, lokale Gestaltungshoheit und überprüfbare Wirksamkeit.

Österreich soll dort Schwerpunkte setzen, wo es besondere Erfahrungen und international anerkannte Kompetenzen einbringen kann. Internationale Partnerschaften sollen dabei nicht von den Defiziten, sondern von den Potenzialen der Partnerländer ausgehen. Sie unterstützen Entwicklungen, die vor Ort bereits angelegt sind, und stärken die Fähigkeit der Menschen und Institutionen, diese eigenständig zu gestalten, auszubauen und weiterzuführen.

Das IUFE plädiert für einen innovationsoffenen Ansatz, der technologische Zusammenarbeit, Datensouveränität und lokale Wertschöpfung fördert, anstatt bestehende Abhängigkeiten durch neue digitale oder wirtschaftliche Abhängigkeiten zu ersetzen. Bei der partnerschaftlichen Zusammenarbeit sind neben privaten und staatlichen Institutionen auch Familien, glaubensbasierte Organisationen, Religionsgemeinschaften und Diasporanetzwerke als lokal beziehungsweise grenzüberschreitend verankerte Akteure einzubeziehen. Leitend sind dabei Subsidiarität, das Gemeinwohl und die Überzeugung, dass Entwicklung aus eigener Arbeit und eigenem Unternehmertum entsteht.

Unser Ansatz gründet auf einem christlich-humanistisch geprägten Verständnis von Menschenwürde, Solidarität und Verantwortung sowie auf der uneingeschränkten Achtung der Menschenrechte.

Internationale Partnerschaften in einer veränderten Weltordnung

Die internationale Ordnung ist zunehmend von Instabilität, geopolitischen Spannungen sowie neuen und fortdauernden Krisen geprägt. Erhalt und Wiederaufbau nachhaltiger Stabilität sind daher zentrale Aufgaben internationaler Politik. Globale Stabilität ist kein statischer Zustand, sondern das Ergebnis politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gestaltung. Nachhaltige Stabilität beruht auf menschlicher Sicherheit, rechtsstaatlichen Institutionen, gesellschaftlicher Teilhabe und wirtschaftlichen Perspektiven.

Sie entsteht dort, wo Menschen in Sicherheit leben, Zugang zu grundlegender Versorgung haben, ihre Rechte wahrnehmen können und reale Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Würde besitzen.

Gegenwärtig wird die österreichische Entwicklungspolitik von zwei Faktoren maßgeblich bestimmt: Erstens der Umbruch des internationalen Systems und die zunehmende Bedeutung geostrategischer Interessen, technologischer Souveränität und der Sicherung kritischer Rohstoffe. Zweitens budgetäre Restriktionen, die klare Priorisierungen sowie höchste finanzielle Effizienz und Transparenz verlangen. Vor diesem Hintergrund ist es essenziell, dass Österreich eine zielgerichtete und stabilitätsorientierte Entwicklungspolitik verfolgt, die erkennbaren Nutzen für die Menschen vor Ort, für die globale Stabilität, die Anpassung an sich wandelnde Umweltbedingungen und für Österreich schafft.

Die österreichische Entwicklungspolitik versteht sich seit Jahrzehnten als Beitrag zur Armutsbekämpfung, zur Sicherung des Friedens, zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Stärkung eigenständiger Entwicklung. Sie wird über die bilaterale Österreichische Entwicklungszusammenarbeit und die Austrian Development Agency, über humanitäre Hilfe sowie über Beiträge zur Europäischen Union, zu den Vereinten Nationen und internationalen Finanzinstitutionen umgesetzt. Inhaltlich kann Österreich besonders dort ein eigenständiges Profil entwickeln, wo es über anerkanntes Wissen verfügt – etwa bei Wasser und Energie, nachhaltiger Landwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Berufsbildung und kommunaler Entwicklung. Zugleich ist die österreichische Entwicklungspolitik durch zersplitterte Zuständigkeiten und wechselnde politische Aufmerksamkeit geprägt.

Ein österreichisches Profil für internationale Partnerschaften

Österreich profitiert in vier zentralen Handlungsfeldern von internationalen Partnerschaften: Sie können zur Sicherheit beitragen, indem sie menschliche Sicherheit, rechtsstaatliche Institutionen und gesellschaftliche Stabilität stärken. Sie fördern wirtschaftliche Entwicklung, lokale Wertschöpfung und langfristige Kooperationen mit österreichischen Unternehmen. und sichern Österreich verlässlichen Zugang u.a. zu Rohstoffen und Energie. Sie können Fluchtursachen mindern, Perspektiven vor Ort verbessern und die Zusammenarbeit mit

Herkunfts- und Transitstaaten unterstützen. Investitionen in Klimaanpassung und Resilienz verringern zudem das Risiko, dass die Folgen des Klimawandels bestehende Konflikte und Instabilität verschärfen. Eine innovationsbereite Entwicklungspolitik nutzt neue Technologien dort, wo sie die Eigenständigkeit der Partnerländer stärkt und konkrete Verbesserungen ermöglicht – etwa in Bildung, Gesundheitsversorgung, Landwirtschaft, öffentlicher Verwaltung, Katastrophenvorsorge und transparenter Wirkungsmessung. Auch KI-Systeme und Open-Data-Anwendungen können dazu beitragen, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, Ressourcen zielgerichteter einzusetzen und staatliche Leistungen leichter zugänglich zu machen. Damit KI-Anwendungen den unterschiedlichen gesellschaftlichen, sprachlichen und wirtschaftlichen Realitäten gerecht werden, müssen lokale Sprachen, Wissensbestände und Lebensrealitäten aus den Ländern des Globalen Südens in den verwendeten Daten angemessen repräsentiert sein. Die Partnerländer und ihre Bevölkerung müssen über die Erhebung und Nutzung ihrer Daten mitentscheiden, eigene technologische Kompetenzen aufbauen und an dem daraus entstehenden Nutzen teilhaben. Voraussetzung sind der Schutz personenbezogener Daten, die größtmögliche Datensouveränität der Partnerländer und die Einbindung der betroffenen Bevölkerung. Technologische Zusammenarbeit soll bestehende Abhängigkeiten nicht durch neue digitale Abhängigkeiten ersetzen.

Entwicklungspolitik muss zugleich jene gesellschaftlichen Strukturen stärker berücksichtigen, die vor Ort Verantwortung übernehmen. Familien leisten zentrale Beiträge zu Erziehung, Bildung, sozialer Absicherung, Pflege und dadurch zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Glaubensbasierte Organisationen und lokale Religionsvertreter verfügen vielfach über Vertrauen, dauerhafte Präsenz und Zugang zu Bevölkerungsgruppen, die staatliche oder internationale Akteure nur schwer erreichen. Auch der interreligiöse Dialog kann zur Konfliktprävention und zur Stabilisierung pluraler Gesellschaften beitragen. In Österreich lebende Diasporagemeinschaften können mit ihren Sprachkenntnissen, ihrer regionalen Erfahrung und ihren grenzüberschreitenden Netzwerken wichtige Brücken zu den Partnerländern bilden. Kooperationen mit diesen Akteuren müssen auf der Achtung der Menschenrechte, Transparenz, der freiwilligen Beteiligung der betroffenen Bevölkerung und überprüfbarer Wirksamkeit beruhen.

Religions- und Weltanschauungsfreiheit muss als universelles Menschenrecht auch in internationalen Partnerschaften berücksichtigt werden. Österreich sollte insbesondere dort aufmerksam sein, wo religiöse Minderheiten diskriminiert oder verfolgt werden. Die Zusammenarbeit mit Kirchen, Religionsgemeinschaften und lokalen Religionsvertretern kann dazu beitragen, schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen einzubeziehen und Vorhaben dauerhaft in den betroffenen Gemeinschaften zu verankern.

Eine international anerkannte Stärke Österreichs ist die duale Berufsausbildung. Bildungs- und Ausbildungsprogramme müssen mit wirtschaftlichen Perspektiven in den Partnerländern verbunden werden. Qualifizierung darf nicht unbeabsichtigt dazu beitragen, dringend benötigte Fachkräfte dauerhaft abzuwerben.

Empfehlungen für Österreich

Aus den dargestellten Herausforderungen und Potenzialen leitet das IUFE folgende Empfehlungen für die österreichische Politik ab:

1. Gesamtstaatliche Strategie für internationale Partnerschaften entwickeln

Österreich sollte internationale Partnerschaften als strategischen Bestandteil seiner Außenpolitik verankern und Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe, Außenwirtschaft, Klimapolitik und Sicherheitsinteressen besser aufeinander abstimmen. Klare Zuständigkeiten und gemeinsame Zielsetzungen sollen die derzeitige institutionelle Zersplitterung überwinden. Humanitäre Hilfe muss dabei ihren Grundsätzen der Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit verpflichtet bleiben.

2. Erkennbares österreichisches Profil schärfen

Begrenzte Mittel erfordern eine klare Schwerpunktsetzung. Österreich sollte sich auf jene Bereiche konzentrieren, in denen es über besondere Erfahrungen und international anerkannte Kompetenzen verfügt. Dazu zählen insbesondere Wasser- und Sanitärversorgung, erneuerbare Energien, nachhaltige Landwirtschaft, Berufsbildung, Rechtsstaatlichkeit, kommunale Entwicklung und Abfallwirtschaft. Eine solche Profilbildung erhöht die Wirkung und Sichtbarkeit des österreichischen Engagements und erleichtert langfristige Partnerschaften.

Die österreichischen Kompetenzfelder sollen zugleich als Grundlage langfristiger Wirtschafts- und Innovationspartnerschaften dienen. Kooperationen mit österreichischen Unternehmen können lokale Wertschöpfung, Technologietransfer und Beschäftigung fördern, sofern sie einen nachweisbaren Nutzen für beide Seiten schaffen und sozialen, ökologischen sowie menschenrechtlichen Standards entsprechen.

3. Rohstoff- und Energiepartnerschaften mit Wertschöpfung vor Ort aufbauen

Österreich ist bei kritischen Rohstoffen und Energieträgern auf verlässliche internationale Bezugsquellen angewiesen. Die Fragmentierung des Welthandels führt zur Notwendigkeit, tiefere und langfristigere Beziehungen mit Partnern aufzubauen. Internationale Partnerschaften sind daher auch ein Instrument der österreichischen Versorgungs- und Standortsicherung. Österreich sollte dies offen benennen, statt wirtschaftliche Interessen als Nebeneffekt zu behandeln.

Die Bodenschätze eines Landes dienen zuerst seiner eigenen Bevölkerung. Rohstoffpartnerschaften sind nur dann tragfähig, wenn Aufbereitung, Verarbeitung und ein wesentlicher Teil der Wertschöpfung im Partnerland verbleiben und österreichische Technologie in Bergbau, Energie und Kreislaufwirtschaft dorthin fließt. Der bilaterale Hebel dafür liegt weniger in den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit als bei der Oesterreichischen Entwicklungsbank, den Bundeshaftungen über die Oesterreichische Kontrollbank und den Instrumenten der Europäischen Union. Diese sollen mit der Entwicklungszusammenarbeit strategisch verschränkt werden, ohne deren eigenständigen Auftrag zu verdrängen. Zugang zu verlässlicher Energie ist zugleich Voraussetzung jeder Entwicklung. Österreich sollte keine Konditionalität mittragen, die Partnerländern den Aufbau einer belastbaren Energieversorgung verwehrt.

4. Partnerschaftlichkeit und lokale Gestaltungshoheit leben

Programme und Projekte sollen gemeinsam mit den Partnerländern entwickelt werden und sich an deren Prioritäten und gesellschaftlichen Realitäten orientieren. Staatliche Institutionen, lokale Gemeinschaften und betroffene Bevölkerungsgruppen müssen frühzeitig in Planung, Durchführung und Evaluierung einbezogen werden. Ziel internationaler Partnerschaften ist es, eigenständige Strukturen und Kompetenzen zu stärken, anstatt neue Abhängigkeiten zu schaffen.

Dem Grundsatz der Subsidiarität folgend soll Unterstützung die Eigenverantwortung der kleineren Einheit – Familie, Betrieb, Gemeinde – stärken und nicht ersetzen. Programme sollen Klein- und Mittelbetriebe, den informellen Sektor und lokale Märkte einbeziehen, Berufsbildung am tatsächlichen Bedarf der lokalen Wirtschaft ausrichten und österreichische Unternehmen als Ausbildungspartner in die Systeme der Partnerländer einbinden. Entwicklungszusammenarbeit, die eigene Strukturen dauerhaft ersetzt, schafft Abhängigkeit statt Entwicklung.

5. Technologische Zusammenarbeit und Datensouveränität verankern

Österreich sollte technologische Innovation gezielt für Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft, Verwaltung, Katastrophenvorsorge und Wirkungsmessung nutzbar machen. Dabei müssen der Schutz personenbezogener Daten, die Datensouveränität der Partnerländer und die angemessene Repräsentation lokaler Sprachen, Wissensbestände und Lebensrealitäten gewährleistet werden. Die Partnerländer sollen eigene technologische Kompetenzen aufbauen und an der entstehenden Wertschöpfung teilhaben können.

6. Lokal verankerte Akteure und Diasporanetzwerke systematisch einbinden

Familien, glaubensbasierte Organisationen, Religionsgemeinschaften und andere lokal verankerte Akteure leisten vielerorts wesentliche Beiträge zu Bildung, sozialer Absicherung, Pflege, Konfliktprävention und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Auch Diasporagemeinschaften in Österreich können mit ihren Sprachkenntnissen, Netzwerken und regionalen Erfahrungen wichtige Brücken zu den Partnerländern bilden. Ihre Einbindung muss auf Menschenrechten, Transparenz, freiwilliger Beteiligung und überprüfbarer Wirksamkeit beruhen.

7. Wirkung, Transparenz und langfristige Verlässlichkeit sichern

Internationale Partnerschaften benötigen klare Zielsetzungen, nachvollziehbare Wirkungskriterien und transparente Mittelverwendung. Evaluierungen sollen nicht nur kurzfristige Projektergebnisse, sondern auch den Aufbau dauerhafter lokaler Strukturen berücksichtigen. Zugleich braucht wirksame Zusammenarbeit verlässliche mehrjährige Rahmenbedingungen. Politische und budgetäre Berechenbarkeit ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Österreich als glaubwürdiger Partner wahrgenommen wird.

8. Bildung, Bleibeperspektiven und zirkuläre Mobilität verbinden

Bildungs- und Ausbildungsprogramme sollen mit wirtschaftlichen Perspektiven in den Partnerländern verbunden werden. Qualifizierung darf nicht dazu beitragen, vor Ort dringend benötigte Fachkräfte dauerhaft abzuwerben und somit das Humanvermögen zu schwächen. Österreich sollte daher Ausbildungszentren vor Ort, Hochschulpartnerschaften und Modelle zirkulärer Mobilität fördern, durch die Wissen, berufliche Erfahrung und Kapital in beide Richtungen fließen. Ziel sind Partnerschaften, die individuelle Mobilität ermöglichen und zugleich die Entwicklung der Herkunftsländer stärken.

9. Entwicklungspolitische Fachkompetenz institutionell sichern

Wirksame internationale Partnerschaften erfordern langfristig aufgebautes Fachwissen, regionale Erfahrung und verlässliche persönliche Beziehungen. Diese Kompetenzen müssen innerhalb der zuständigen österreichischen Institutionen dauerhaft gesichert werden. Häufige personelle Wechsel dürfen nicht dazu führen, dass institutionelles Wissen regelmäßig verloren geht. Österreich sollte daher spezialisierte Laufbahnen, längere Verwendungszeiten und einen systematischen Wissenstransfer in den entwicklungspolitisch zuständigen Organisationseinheiten ermöglichen.

**Interesse
auf mehr?**



IUFE Aktuell
Immer informiert
bleiben.